

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw) ist der Zusammenschluss von 129 Verbänden mit 80.000 Betrieben und drei Millionen Beschäftigten. unternehmer nrw ist Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vertritt die Interessen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) als dessen Landesvertretung.

04.09.2025

Im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP „Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz - LÖG NRW)“ (Drucksache 18/13675)

Vorbemerkung

Die FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen beabsichtigt mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, vollautomatisierte Verkaufsstellen mit einer Verkaufsfläche von bis zu 120 Quadratmetern, die ausschließlich Waren des täglichen Ge- und Verbrauchs anbieten und ohne Verkaufspersonal betrieben werden, ausdrücklich aus dem Geltungsbereich des Ladenöffnungsgesetzes NRW (LÖG NRW) auszunehmen. Dies soll durch die Einführung eines neuen Absatzes 2 in § 2 LÖG NRW erfolgen.

Rechtliche Ausgangslage und aktuelle Rechtsprechung

Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Klarstellung ist aus unserer Sicht nicht zwingend gegeben, da die aktuelle Rechtsprechung bereits deutlich gemacht hat, dass vollautomatisierte Verkaufsstellen ohne Verkaufspersonal nicht unter das Ladenöffnungsgesetz NRW fallen.

Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen hat mit Beschluss vom 12. Februar 2025 (Az. 4 B 976/24) entschieden, dass ein sogenannter Automatenkiosk, bestehend aus mehreren Warenautomaten, nicht den Regelungen des Ladenöffnungsgesetzes unterliegt. Das Gericht stellte klar, dass Warenautomaten als selbsttätige Verkaufseinrichtungen seit 1962 an allen Tagen rund um die Uhr betrieben werden dürfen und auch nach der Föderalismusreform 2006 nicht in den Anwendungsbereich des LÖG NRW aufgenommen wurden.

Das Verwaltungsgericht Köln bestätigte diese Einschätzung am 18. Juni 2025 (Az. 1 K 5563/24) in der Hauptsache. Es betonte, dass der nordrhein-westfälische

Gesetzgeber mit dem Ladenöffnungsgesetz den Handlungsspielraum der Unternehmer erweitern und keinesfalls hinter den Stand des früheren Ladenschlussgesetzes zurückfallen wollte. Eine gesetzliche Grundlage für die Annahme, dass nur klassische Einzelautomaten von der Ladenöffnungspflicht ausgenommen seien, existiert nicht.

Wirtschaftliche Bedeutung vollautomatisierte Verkaufsstellen

Vollautomatisierte Verkaufsstellen sind ein innovatives Handelsformat. Sie können einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Nahversorgung – insbesondere im ländlichen Raum leisten – und schaffen neue Perspektiven für Regionen, die unter Abwanderung oder Unterversorgung leiden. Ihr wirtschaftlicher Betrieb setzt in der Regel durchgehende Öffnungszeiten voraus, da ein erheblicher Teil der Umsätze außerhalb klassischer Ladenöffnungszeiten erzielt wird.

Schutzgedanken und Wettbewerbsneutralität

Die in anderen Bundesländern praktizierte Typisierung – etwa anhand der Kriterien fehlendes Verkaufspersonal, begrenzte Verkaufsfläche und Sortiment des täglichen Bedarfs – bietet einen gangbaren Weg, um sowohl den Sonn- und Feiertagsschutz als auch die Wettbewerbsneutralität gegenüber klassischen Supermärkten zu wahren. Mit Blick auf die Rechtssicherheit sollte klargestellt werden, welche Artikel unter den Begriff „täglicher Bedarf“ fallen. Hier sollte insbesondere eine Abgrenzung zu gastronomischen Angeboten erfolgen.

Innovationsförderung und Standortpolitik

Vollautomatisierte Verkaufsstellen stehen für moderne Handelslösungen, die digitale Technologien wie Zutrittssysteme, Alterserkennung und automatisierte Zahlungssysteme integrieren. Sie reagieren auf den zunehmenden Personalmangel im Einzelhandel und bieten eine zukunftsfähige Ergänzung zur klassischen Nahversorgung. Nordrhein-Westfalen sollte als Vorreiterland für digitale Handelsinnovationen diesen Weg aktiv unterstützen.

Fazit

Im Sinne der Rechtssicherheit und zur Vermeidung künftiger Auslegungsunsicherheiten kann eine gesetzliche Klarstellung im LÖG NRW sinnvoll sein. Dabei sollte jedoch darauf geachtet werden, dass die Regelung technologieneutral, praxistauglich und wirtschaftlich tragfähig ausgestaltet wird. Eine gesetzliche Neuregelung darf nicht zu einer Einschränkung bereits bestehender unternehmerischer Freiheiten führen, wie sie durch die aktuelle Rechtsprechung bestätigt wurden.